

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

an den Rentenmärkten dominierten in dieser Woche Rezessionsängste das Marktgeschehen. Folglich waren insbesondere Anleihen aus den europäischen Kernländern gefragt. Der Bundesrepublik Deutschland gelang es seit Herbst 2016 wieder, eine zehnjährige Anleihe mit Negativzins zu emittieren. In den USA invertierte die Zinsstrukturkurve teilweise.

Auch an den Aktienmärkten ging es aufwärts. Positiv wirkten sich die jüngsten Entwicklungen im Handelsstreit zwischen den USA und China aus. Nach monatelanger Unsicherheit sorgten positive Signale für Kauflaune. Ein überraschender Ifo-Geschäftsklimaindex verlieh dem deutschen Börsenbarometer (DAX) zusätzlichen Auftrieb.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 Union Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 29. März 2019

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Aktienmärkte beenden letzte Märzwoche mit leichten Gewinnen
- Ifo-Geschäftsklimaindex steigt überraschend an
- Bayer muss Strafe in Millionenhöhe zahlen

Renten:

- Europäische Rentenmärkte weiterhin gestützt
- Neuemission der Bundesrepublik mit Negativzins
- Ausverkauf am türkischen Finanzmarkt

Ausblick:

- Brexit Drama nimmt kein Ende
- Konjunkturelle Frühindikatoren
- Kerninflationsrate und Arbeitslosenquote aus der EU

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 29.03.2019 ca. 16:00	seit 22.03.2019	seit 28.12.2018
Dow Jones	25.843	1,3%	12,1%
EURO STOXX 50	3.340	1,0%	11,8%
Dax 30	11.497	1,2%	8,9%
Nikkei 225	21.206	-1,9%	6,0%
MSCI Emerging Markets	57.882	-1,0%	8,6%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	-0,06%	-5 BP	-30 BP
Iboxx Euro Sovereign	241,25	0,1%	2,6%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	88	3 BP	-15 BP
US-Leitzins	2,50%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,42%	-1 BP	-29 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,12	-0,7%	-1,9%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	59,80	1,3%	31,9%

Aktien

Aktienmärkte beenden letzte Märzwoche mit leichten Gewinnen

Die internationalen Börsen haben die letzte Handelswoche im März mit einem leichten Plus beendet. Insgesamt verzeichneten die globalen Aktienmärkte gemessen am MSCI World-Index per Freitagnachmittag einen Zuwachs von 0,02 Prozent. Positiv wirkten sich insbesondere die jüngsten Entwicklungen beim Brexit und im Handelsstreit zwischen den USA und China aus, da es in beiden Fällen nach monatelanger Unsicherheit schließlich zu sichtbaren Fortschritten kam.

Zu Beginn der Woche stimmte das britische Parlament für einen Antrag, der den Abgeordneten vorübergehend mehr Einfluss auf das weitere Vorgehen bezüglich des Brexits verschaffte. Am Mittwoch wurden im Unterhaus schließlich acht Vorschläge für das weitere Verfahren eingebracht, die jedoch alle abgelehnt wurden. May bot unterdessen ihren Rücktritt an, sofern ihr mit der Europäischen Union ausgehandeltes Abkommen, das im Parlament schon zwei Mal abgelehnt wurde, doch noch angenommen werde. Die erneute Abstimmung über einzelne Teile von Mays Brexit-Deal soll noch in dieser Woche stattfinden. Der europäische EURO STOXX 50-Index reagierte mit einem Gewinn von 1,3 Prozent. Etwas gemächlicher geht es hingegen im amerikanisch-chinesischen Handelsstreit voran. Delegierte beider Staaten sind erneut zusammengekommen, um die Verhandlungen fortzuführen. Meldungen über Fortschritte in den Handelsgesprächen ließen den US-Leitindex S&P 500 um 0,5 Prozent steigen. Auch der DAX-Index konnte sich mit einem Plus von 1,5 Prozent zu den Gewinnern der Woche zählen. Der Index, der die dreißig größten börsennotierten Unternehmen Deutschlands listet, wurde am Dienstag besonders vom Zahlungsdienstleister Wirecard gestützt. Nach externen Ermittlungen wegen angeblicher Bilanzmanipulation entlastete der Abschlussbericht der Prüfungsgesellschaft Rajah & Tann den Konzern am Dienstag von den Vorwürfen. Die Aktie schoss zeitweise um fast 32 Prozent in die Höhe, womit sie der unangefochtene Spitzenreiter im DAX-Index war.

Zum Ende der Woche sah sich Wirecard allerdings erneut mit Vorwürfen konfrontiert und gab einen großen Teil der Gewinne wieder ab.

Ifo-Geschäftsklimaindex steigt überraschend an

Einen weiteren positiven Impuls lieferte für die Anleger in Deutschland der Ifo-Geschäftsklimaindex: Nach sechs Rückgängen in Folge stieg das Stimmungsbarometer für die deutsche Wirtschaft im März überraschend an. Der Index, der monatlich vom Ifo-Institut ermittelt wird, spiegelt die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage sowie die Aussichten für die kommenden sechs Monate von rund 9.000 deutschen Unternehmen wider. Die Industrie zeigt sich dabei weiterhin so schlecht wie seit Jahren nicht mehr. Belastend wirkten sich vor allem eine sinkende Nachfrage, die Unsicherheit bezüglich des Brexits und des Handelsstreits sowie drohende US-Strafzölle auf europäische Autos aus. Diese Faktoren scheinen sich aber nur auf das verarbeitende Gewerbe zu beschränken. In den anderen Teilbereichen des Index, insbesondere bei den Dienstleistern und im Handel, hat sich die Lage deutlich gebessert.

Bayer muss Strafe in Millionenhöhe zahlen

Nachdem das zuständige Gericht in San Francisco im jüngsten Glyphosat-Prozess gegen Bayer einstimmig befunden hatte, dass der Unkrautvernichter „Roundup“ der Bayer-Tochter Monsanto ein wesentlicher Faktor für die Krebserkrankung des Klägers gewesen sei, ging das Strafverfahren in der vergangenen Woche in die zweite Runde. Erneut musste Bayer eine Niederlage hinnehmen: Die Jury verurteilte den Pharmakonzern zu Schadenersatzzahlungen in Höhe von rund 80 Millionen Dollar. Das Urteil ließ den Kurs der Bayer-Aktie auf den tiefsten Stand seit sieben Jahren sinken. Seit dem ersten Urteil 2018 ist Bayers Börsenwert um 40 Prozent gesunken. Mit 52 Milliarden Euro ist der Konzern nun weniger wert als die 59 Milliarden Euro, die er einst für Monsanto gezahlt hatte.

Renten

Europäische Rentenmärkte weiterhin gestützt

Der Euro-Staatsanleihemarkt blickt auf eine sehr freundliche Handelswoche zurück. Schwache Konjunkturdaten und eine ausgesprochen zurückhaltende Notenbank sorgten für Rückenwind. Im verarbeitenden Gewerbe deutet alles auf eine Rezession hin. Insbesondere die New-Order-Komponente fiel schwach aus. Schlusslicht bei den als Frühindikator geltenden Einkaufsmanagerindizes ist Deutschland - die einstige Wachstumslokomotive des Euroraums. Bei der Exportnation machte sich der Einbruch im Welthandel besonders bemerkbar. Die Renditen für Bundesanleihen kamen daraufhin weiter zurück. Selbst zehnjährige Papiere gerieten dabei in den negativen Bereich. Zum Ende der Berichtswoche hatte EZB-Präsident Draghi auf einer Pressekonferenz die Möglichkeit, die Konjunktursorgen der Anleger etwas abzumildern. Letztlich geschah jedoch genau das Gegenteil. Draghi sprach davon, die Zinswende im Falle einer noch stärkeren wirtschaftlichen Abschwächung weiter nach hinten zu verschieben. Darüber hinaus kamen Gerüchte auf, wonach die Währungshüter die Einführung eines gestaffelten Einlagesatzes überlegen. Auf diese Weise ließe sich der Satz bei Bedarf noch weiter absenken und man hätte zugleich die Möglichkeit, die negativen Auswirkungen für einige Institute abzumildern. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen sank daraufhin auf -0,09 Prozent. Zeitgleich hat sich dadurch die Zinsstrukturkurve noch weiter verflacht. Hier wurde das niedrigste Niveau seit Mitte 2016 erreicht. Mit Blick auf die unverändert bestehenden politischen Risiken, wie etwa dem Brexit, waren Anleihen aus den Kernländern stärker nachgefragt als Papiere aus der europäischen Peripherie. Ein ähnliches Bild ist am US-amerikanischen Anleihemarkt erkennbar. Die Rendite für dreimonatige US-Treasuries (ca. 2,44 Prozent) lag erstmals seit zwölf Jahren wieder über dem Wert für zehnjährige Papiere (ca. 2,36 Prozent). Der inverse Verlauf der Zinsstrukturkurve weist auf deutliche Rezessionsängste hin. Auslöser hierfür war auch die Kehrtwende der US-Notenbank in der vergangenen Woche.

Neuemission der Bundesrepublik mit Negativzins

Während im Sekundärmarkt seit vergangener Woche Bundesanleihen bis in den zehnjährigen Bereich negativ rentierten, wurden durch die Bundesrepublik erstmals seit Herbst 2016 wieder zehnjährige Papiere mit einem Negativzins am Markt platziert. Am Mittwoch kam die Neuemission mit einer durchschnittlichen Rendite von minus 0,05 Prozent. Die Anleihen konnten, aufgrund einer hohen Nachfrage, dennoch problemlos am Markt untergebracht werden. In Anbetracht der schwächelnden Konjunktur und der nach wie vor unsicheren Brexit-Situation ist das Sicherheitsbedürfnis der Anleger aktuell hoch. Davon profitieren die als sicher geltenden Gläubigerpapiere der Bundesrepublik Deutschland. Die erhöhte Nachfrage stützt den Anleihekurs und die Rendite wird dadurch letztlich nach unten gedrückt. Das Gesamtemissionsvolumen betrug drei Milliarden Euro, wovon die Finanzagentur einen geringen Anteil für spätere Marktpflegezwecke in die eigenen Bücher nahm.

Ausverkauf am türkischen Finanzmarkt

Die in der Türkei bevorstehenden Kommunalwahlen am 31. März sorgten hingegen für turbulente Kursentwicklungen. Sowohl die Landeswährung – Türkische Lira – als auch die Anleihen gerieten stark unter Druck. Insgesamt steigt die Nervosität am türkischen Finanzmarkt. Am Donnerstag verzeichnete die Rendite der bis 2030 laufenden Dollar-Bonds einen Zuwachs von über 30 Basispunkten auf 8,1 Prozent. Zehnjährige Anleihen in der Lokalwährung handelten mit einer Rendite von ... mit einem deutlichen Aufschlag. Der US-Dollar konnte zeitweise, trotz angeblicher Interventionen der Zentralbank, ein Zwei-Monats-Hoch bei 5,45 Lira verzeichnen. Medienberichten zufolge versuchte die türkische Notenbank vehement, eine Abwertung der Währung zu verhindern. Dabei sollen die Währungshüter ihre standardmäßigen wöchentlichen Refinanzierungsgeschäfte für Geschäftsbanken eingestellt haben. Darüber hinaus heißt es, dass die inländischen Institute vor allem mit ausländischen Kontrahenten den Lira-Handel quantitativ eingeschränkt haben. Der Markt reagierte in Summe verschnupft.

Ausblick

Heute, 29. März 2019, endet die ursprüngliche Frist in der Großbritannien die Europäische Union (EU) verlassen wollte. Da die Frist zeitlich nicht eingehalten werden konnte, wurde den Briten durch die EU Aufschub gewährt. Zum Ende dieser Sitzungswoche läuft jedoch eine weitere von der EU gesetzte Frist ab, bis zu der in London zumindest der Brexit-Vertrag gebilligt sein muss. Bei einer fehlenden Zustimmung ist ein Austritt zum 12. April oder eine langfristige Verschiebung des Austritts möglich.

Darüber hinaus stehen in der kommenden Woche eine Reihe von konjunkturellen Frühindikatoren aus den USA an. Dabei bleibt abzuwarten, ob diese das am Markt herrschende, eingetrübte Konjunkturbild bestätigen. Für den Euroraum werden unter anderem die Arbeitslosenquote und die Kerninflationsrate veröffentlicht. Der Konsensus erwartet hierbei stabile Verbraucherpreise. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt hingegen wird eine leicht erhöhte Arbeitslosenquote prognostiziert.

Ihr Portfoliomanagement
Union Investment Privatkunden

Termine

Montag, 01.04.2019	EU: Arbeitslosenquote (Feb), Verbraucherpreise Kern (Mrz) USA: Einkaufsmanagerindizes Industrie (Mrz)
Dienstag, 02.04.2019	USA: Auftragseingänge langlebige Güter (Mrz)
Mittwoch, 03.04.2019	USA: Einkaufsmanagerindex Dienstleistung (Mrz) China: Einkaufsmanagerindex Dienstleistung (Mrz) GB: Einkaufsmanagerindex Dienstleistung (Mrz)
Donnerstag, 04.04.2019	DEU: Auftragseingänge Industrie (Feb)
Freitag, 05.04.2019	DEU: Industrieproduktion (Feb) USA: Arbeitslosenquote (Mrz)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
29. März 2019, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt